

Weiterer Bahnhofsabriss nicht vor Volksabstimmung = Befriedungsversuch rechtlich umstritten

<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.stuttgart-21-suedfluegel-soll-erst-nach-der-volksabstimmung-fallen.97032669-31e9-4811-ae97-4cc0d4683c86.html>

Ziel der Bemühungen ist es, den geplanten Abriss des Südflügels auf die Zeit nach der Volksabstimmung zu verschieben - zumindest, sofern diese am 27. November stattfindet. Der Bahnchef Rüdiger Grube hatte in diesem Punkt zuletzt Entgegenkommen signalisiert. Kretschmann selbst hofft, dass die Volksabstimmung von der Bevölkerung akzeptiert werden wird. Der Sinn der Volksabstimmung sei ja gerade, dass Befriedung eintrete.

Wie mehrfach berichtet, ist das von Grün-Rot vorgelegte Ausstiegsgesetz selbst allerdings rechtlich umstritten und könnte mit Klagen angefochten werden.

Ministerpräsident Kretschmann hatte an Bahn-Chef Rüdiger Grube appelliert, endlich "Kostentransparenz" zu schaffen. In dem kurzen Antwortschreiben von Grube bat der Bahn-Chef aber erst einmal um Geduld - weil man die Kosten erneut umfangreich berechnen und aufbereiten müsse.

Klaus Riedel (SPD): "Wir sind der letzte Grashalm"

Klaus Riedel (65) Fraktionschef der Waiblinger SPD führt die Gruppe "SPD gegen S21" an, die seit Monaten versucht, die Parteispitze von ihrem Betonkurs abzubringen. Ein Gespräch mit Nils Schmid hat daran nichts geändert, der groteske Auftritt von Claus Schmiedel schlimme Befürchtungen nur verstärkt. [Interview-Ausschnitte]*

<http://www.kontextwochenzeitung.de/newsartikel/2011/08/wir-sind-der-letzte-grashalm/>

Herr Riedel, *Schmiedel sieht Gottes Segen auf S21 liegen. Jetzt ist die SPD auch noch fromm geworden.

Dazu fällt mir nichts mehr ein.

Können Sie uns als alter Sozialdemokrat sagen, was Leute wie Schmiedel treibt?

Wir befinden uns in der größten Finanzkrise, die noch schlimmer werden wird, und die SPD stimmt dafür, Milliarden in einem Tiefbahnhof zu vergraben.

Die Antwort der SPD-Spitze kennen Sie: Das Ja zu S21 ist von drei Landesparteitagen abgesegnet, also demokratisch legitimiert.

Es geht nicht darum, demokratisch gefasste Beschlüsse in Frage zu stellen. Dort haben die Delegierten allerdings nicht in Kenntnis der tatsächlichen Fakten entschieden. Es kann nicht sein, dass ein kleiner Zirkel über Zukunftsfragen entscheidet, die Auswirkungen auf Genera-

tionen haben. Wenn diese Kluft zwischen Führung und Basis immer größer wird, dann Sorge ich mich um die Existenz der Parteien.

Wenn man Genossen wie Schmiedel zuhört, scheinen Sie diese Sorge ziemlich exklusiv zu haben.

Vielleicht hat er noch keine Wahlveranstaltung erlebt, zu der gerade mal fünf Bürger gekommen sind. Da erleben Sie Frustration pur. Ich habe die SPD noch mit einer Million Mitglieder erlebt, jetzt sind es plus minus 500 000. Stattdessen steht Schmiedel als SPD-Vertreter auf einer Bühne mit dem CDU-Generalsekretär Strobl und dem CDU-Abgeordneten Kaufmann, der erklärt, die Volksabstimmung sei Nonsens. Wenn ich mich richtig erinnere, hat Nils Schmid gesagt, die Volksabstimmung sei wichtig für den inneren Zusammenhalt einer Gesellschaft.

Ihre Truppe wird in der Parteizentrale als wild gewordene Randgruppe wahrgenommen.

Das wäre eine fatale Fehleinschätzung. Wir haben 360 SPD-Mitglieder, die sich öffentlich gegen S 21 bekennen, in der Mehrheit Mandats- und Funktionsträger auf kommunaler Ebene. Also Kreisräte, Gemeinde- und Ortschaftsräte und Vorstandsmitglieder. Für sie ist unser Bündnis der letzte Grashalm, an dem sie sich festhalten, bevor sie austreten. Wenn die keinen Wahlkampf mehr für die SPD machen, sind viele Stände verwaist, viele Plakate nicht geklebt. Darüber hinaus gibt es eine viel größere Gruppe, die ebenfalls gegen S 21 ist, aber sich nicht öffentlich bekennt. Warum das so ist, weiß ich nicht.

Zu Ihrem Gespräch mit Nils Schmid



Claus Schmiedel

Nils Schmid

Klaus Riedel

...Was sein wird, wenn die Kosten für S 21 in den nächsten drei, vier Jahren steigen und er mit dem Geburtsfehler des Finanzierungsvertrags leben muss, der keine Regelung enthält, wer die Mehrkosten bezahlt. Was ist denn, wenn die Bahn erklärt, das wird uns zu teuer, Ruinen in der Gegend rumstehen und die Politik handeln muss? Dann will ich den Sozialdemokraten in der Regierung sehen, der aussteigt. Dann geht das bestgeplante Bauprojekt Europas mit der SPD heim. Nicht mit den Grünen. Die werden sagen: Wir haben es ja schon immer gewusst.

So weit ich informiert bin, hat die Landesregierung bis heute nichts Schriftliches von der Bahn in der Hand, das die Frage der Mehrkosten klärt.

Befürworter verschweigen Kostensteigerungen

<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.stuttgart-21-befuerworter-verschweigen-kostensteigerungen.76df36eb-30c7-46a2-9d18-f80cbd425e1d.html>

Bahn-Experten hatten im vergangenen Jahr ausdrücklich die Aufnahme der Mehrkosten in den Projektumfang von Stuttgart 21 beantragt und dafür vier Beschlussvorschläge formuliert und der Runde vorgelegt. Das "Ergebnisprotokoll" der Sitzung, das

der StZ vorliegt, lässt darauf schließen, dass die eigentlich nötige Kostenanpassung zu einem unpassenden Zeitpunkt gekommen wäre: Schließlich war das Projekt erst im Dezember 2009 im Umfang von 4,088 Milliarden Euro beschlossen worden. Und kurz zuvor hatten die Projektbetreiber bereits Mehrkosten von einer Milliarde Euro eingestehen müssen. Eine erneute Korrektur der Baukosten wäre damals, als Zigtausend gegen das Projekt auf die Straße gingen, kaum zu vermitteln gewesen.

Eine Steigerung der Kosten auf bis zu fünf Milliarden Euro hatten Fachplaner der Bahn bereits im Herbst 2008 ermittelt; über diesen Zwischenstand berichtete sie aber nicht einmal der damaligen Landesregierung. Stattdessen drückte die Bahn-Spitze die Kosten durch nicht näher geprüfte Einsparungspotenziale von fast 900 Millionen Euro auf die offizielle Zahl von knapp 4,088 Milliarden Euro.

Claus Schmiedel in seiner Befürworter-Rede:

„und auch über Stuttgart21 ruht Gottes Segen“

Filmdokument: <http://vimeo.com/28304026>

Der Segen bleibt Sache Gottes von Paul Schobel, Pfarrer und Betriebsseelsorger

<http://www.kontextwochenzeitung.de/newsartikel/2011/08/der-segen-bleibt-sache-gottes/>

Mir scheint, der Segenswunsch des SPD-Fraktionsvorsitzenden Schmiedel will das letzte fromme Mütterlein, das noch im Grunde seines Herzens ein wenig zögert und zaudert, von Stuttgart 21 überzeugen. Denn möglicherweise kommt sie ja doch, die Volksabstimmung. Dann zählt im Endergebnis jede Stimme. An zweiter Stelle geht's Claus Schmiedel wohl darum, die bahnhofs-kritischen Christinnen und Christen zu erschrecken, sie mögen doch bitte von "Prozessionen" und "Kreuzwegen" Abstand nehmen.

Dieser Schuss geht ins Leere: Die biblische Botschaft ist immer politisch. Politik aber ist nicht automatisch religiös. Wer im Streit um den Bahnhof religiöse Symbole bemühen muss, dem sind die Argumente ausgegangen.



Baden-Württemberg stoppt Zahlungen

<http://www.sueddeutsche.de/i5b38v/174962/Baden-Wuerttemberg-stoppt-Zahlungen-an-die-Bah.html>

Das Land Baden-Württemberg hat seine Zahlungen an die Bahn für Stuttgart21 ausgesetzt. 'Wir haben unsere Überweisungen gestoppt und prüfen, ob wir überhaupt zahlen müssen', sagte ein Sprecher der grün-roten Landesregierung. Für 2011 fällt laut den 2009 geschlossenen Finanzierungsverträgen eine Rate von 50 Millionen Euro an. Sollte das Land nicht bezahlen, müsste die Bahn das Geld einklagen. Genau darauf könnte die Regierung hoffen: So müsste sich nämlich ein Gericht mit der Frage befassen, ob das Grundgesetz die Mischfinanzierung des Bahnprojekts durch Bund und Land überhaupt gestattet. Der Verfassungsrechtler Hans Meyer hatte kürzlich in einem Gastbeitrag für die Süddeutsche Zeitung die Meinung vertreten, dies sei nicht der Fall; und die Verträge daher 'nach allen Regeln der Kunst null und nichtig'.

Land zahlt unter Vorbehalt 50 Mio. € für S21

Das Land zahlt nun doch den für dieses Jahr fälligen Betrag, wozu es als Projektpartner verpflichtet ist. Nach Angaben des Ministeriums hat Verkehrsminister Winfried Herrmann (Grüne) die entsprechende Zahlung aber unter Vorbehalt gestellt.

Bahn räumt ein: Rückbau nicht genehmigt

<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.stuttgart-21-bahn-raeuemt-ein:-rueckbau-nicht-genehmigt.168cd113-0a8b-49db-be79-5b07afa9502f.html>

Die Bahn und die Stadt Stuttgart haben ihr 460-Millionen-Euro-Geschäft mit den Grundstücken hinterm Hauptbahnhof unter der falschen Annahme geschlossen, der vollständige Rückbau der bei Stuttgart 21 freiwerdenden Gleisanlage sei bereits genehmigt und niemand könne mehr dagegen Einspruch und einen Anspruch auf deren Weiterbetrieb erheben. Die Bahn hat nun ihre Auffassung korrigiert: Auf StZ-Anfrage teilte sie mit, der vollständige Rückbau sei doch nicht Gegenstand des Antrags im Planfeststellungsverfahren (1.1.) gewesen und müsse deshalb gesondert beantragt werden.

Hat die Stadt zu viel bezahlt?

<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.stuttgart-21-hat-die-stadt-zu-viel-bezahlt.c9d5457e-0020-4ca9-9f0c-e5dbf58a52c7.html>

Die Gegner von Stuttgart 21 sind es gewohnt, darauf hingewiesen zu werden, sie kämen mit ihrer Kritik am Projekt zu spät. Im Fall des fehlenden Planrechts für den Rückbau des Hauptbahnhofs nach Fertigstellung der neuen Tiefstation, das dazu führen könnte, dass nicht die Stadt die frei werdenden Grundstücke übernehmen kann, sondern ein neuer privater Bahnhofsbetreiber wie etwa die Stuttgarter Netz AG, trifft das nicht zu.

Die Lage ist für die Stadt also rechtsunsicher geworden. Sie wirft Fragen auf, die auch den Gemeinderat interessieren dürften: Durfte die Stadt mit der Bahn überhaupt einen Grundstücksvertrag schließen, dessen Erfüllung nicht garantiert ist? Handelt es sich wegen des ungewissen Ausgangs um ein Spekulationsgeschäft? Ist der Kaufpreis von 424 Millionen Euro angemessen - zumindest in Anbetracht der Tatsache, dass bis zu einer richterlichen Entscheidung zu Lasten der privaten Eisenbahner-Konkurrenz lediglich der Verkehrswert gilt? Der städtische Pressesprecher Markus Vogt wies zwar am Dienstag gegenüber dem SWR darauf hin, die Bahn sei bei Nichterfüllung gezwungen, den Kaufpreis zurückzuerstatten und Verzugszinsen zu bezahlen.

Kostenüberschreitung, arglistige Täuschung

Juristen zu Stuttgart 21 haben in einer Expertise kritisch zu der im Interview angesprochenen Finanzierungsvereinbarung zu Stuttgart 21 Stellung bezogen. *Das Papier gibt es hier zum download.*

http://www.kontextwochenzeitung.de/fileadmin/user_upload/2011/8/3108/Juristen-Stellungnahme_zu_Finanzierungsvereinbarung.pdf

Impressum: Diese Nachrichtenzusammenfassung (teilweise gekürzt) erscheint wöchentlich. Bearbeitung: Uwe Mannke, Oberboihingen